

## Protokoll

### **21. öffentliche Sitzung des Ausschusses Naturschutz, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft und Veterinärwesen vom 28.05.2026, Lüchow (Wendland), Kreishaus, Raum A200**

#### Tagesordnung:

Vorlage-Nr.

#### **Öffentlicher Teil**

- . Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 2. Neubesetzung der Ehrenämter „Ameisenbeauftragter“ und „Bibersachverständiger“ gem. § 34 NNatSchG
- 3. Antrag des KTA Herzog und KTA Klepper (SOLI) im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 23.04.2025: Dioxin- und PCB-Belastung an der Elbe 2025/388
- 4. Erweiterung der Öko-Modellregion Heideregion Uelzen auf den Landkreis Lüchow-Dannenberg in der 3. Förderperiode (01.08.2026-31.07.2029) 2025/658
- 5. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen
- 5.1. Information über Projekte des Förderprogramms Zukunftsregion Elbtalaue – Heide – Wendland in Lüchow-Dannenberg 2026/818
- 5.2. Anpassung der Kulissen im Landkreis für die Öko-Regelung 7 als freiwillige Maßnahme im Rahmen der EU-Agrarförderung (GAP) - mdl. Bericht
- 5.3. EU-Wiederherstellungsverordnung (EU 2024/1991) 2026/816
- 5.4. Sachstand Beregnung/Grundwassersituation (ständiger TOP) 2026/843

#### **Nicht öffentlicher Teil**

- 6. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung
- 7. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

#### Anwesend:

KTA Donat, Martin anwesend ab 15:09 Uhr  
KTA Flöter, Anja  
KTA Goebel, Dietmar  
KTA Haase-Mühlner, Alexander  
KTA Heuer, Johannes - Vorsitzender  
KTA Liebhaber, Manfred anwesend ab 15:18 Uhr  
KTA Tietke, Eckhard  
KTA Wiegrefe, Wolfgang anwesend bis 16:30 Uhr  
KTA Allgayer-Reetze, Patricia  
beratendes Mitglied Behrens, Karl  
Kreisbaudirektorin Stellmann, Maria  
Riedel, Martin – Fachdienstleiter Fachdienst 66 Wasser, Boden und Abfall  
Rößler, Dorothee – Fachdienstleiterin Fachdienst 67 Natur und Wald  
Schulze, Katharina, Dr. – Fachdienstleiterin Fachdienst 39 Veterinäramt und Verbraucherschutz  
Drimalski, Karin – Dez. III (Protokollführung)  
Heuer, Marten – Stst. 01 (Auszubildender)  
Raguschat, Anna  
Erster Kreisrat Schermuly, Simon-Daniel  
Schmid, Selina

#### Gäste:

Kühn, Uwe - Bibersachverständiger  
Reimer, Micha - Ameisenbeauftragter  
Kreisjägermeister Schulz, Rüdiger

#### Es fehlen:

KTA Behrens, Marcel entschuldigt  
KTA Kaufmann, Horst stellv. Vorsitzender entschuldigt  
KTA Klepper, Hermann-Dieter entschuldigt  
KTA Gottberg, Wilhelm von entschuldigt  
KTA Hensel, Thorsten entschuldigt

**Beginn:** 15:00 Uhr

**Ende:** 16:41 Uhr  
nichtöffentlicher Teil: 16:40-16:41 Uhr

### Öffentlicher Teil

#### **. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

**Vorsitzender KTA Heuer** begrüßt die anwesenden Kreistagsabgeordneten, die Vertreter und Vertreterinnen der Fachdienste, die Presse und die Zuhörer. Danach eröffnet er die 21. Sitzung des Ausschusses für Naturschutz, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft und Veterinärwesen. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung, Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

#### **1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

**Vorsitzender KTA Heuer** eröffnet die Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner und bittet um Fragen.

**Klaus Scherlies, Schmessau** betont, dass der Grundsatz der Raumordnung nicht mehr Ziel der Raumordnung sei. Er fragt, welche Motivation hinter der Abschwächung des Belanges Erholung stehe, welche neuen Möglichkeiten durch die Veränderung der Festsetzung entstünden und welche Möglichkeiten dadurch verloren gingen. Er übergibt einen schriftlichen Fragenkatalog und bittet, diesen schriftlich zu beantworten. Zudem weist er darauf hin, dass er vor einem Dreivierteljahr auf zwei trockengefallene Bäche in der Gemeinde Göhrde hingewiesen habe und fragt, welche Lösungen der Ausschuss vorschlage, insbesondere für den Kateminer Mühlenbach und den Metzinger Bach.

**Vorsitzender KTA Heuer** weist darauf hin, dass der Raumordnungsbezug nicht Gegenstand der aktuellen Ausschusssitzung sei, sondern in den nächsten Fachausschuss für Bauen, Regionale Entwicklung und Wirtschaft (FA BRW) gehöre.

**Kreisbaudirektorin Stellmann** bestätigt, dass die schriftlichen Fragen vorliegen und schriftlich beantwortet werden. Sie empfiehlt, im nächsten Fachausschuss vor Ort mit den Verantwortlichen des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) zu sprechen. Diese könnten dann direkt auf die Fragen eingehen.

**Klaus Scherlies, Schmessau** fragt nach der Haltung der Kreisabgeordneten und der öffentlichen Interessenlage, um den Entschluss des Ausschusses zu verstehen.

**KTA Goebel** vertritt auch die Auffassung, dass der trockene Bach nicht akzeptabel sei, und betont, dass Regen das Problem lösen würde. Er weist auf den Mangel an Niederschlag hin, der die Wasserführung beeinträchtigt.

**Vorsitzender KTA Heuer** ergänzt, dass im Lemgow bereits Wasserrückhaltungsprojekte umgesetzt und weitere größere Projekte geplant seien. Er betont jedoch, dass man ohne Niederschlag wenig handlungsfähig sei.

Er schließt die Fragestunde und leitet zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

#### **2. Neubesetzung der Ehrenämter „Ameisenbeauftragter“ und „Bibersachverständiger“ gem. § 34 NNatSchG**

**Frau FDL 67 Röblier** betont, dass das Ehrenamt des Ameisenbeauftragten des Landkreises neu besetzt worden sei. Der Vorgänger habe aus verschiedenen Gründen das Amt abgelegt und Herr Reimer sei nun als Nachfolger gefunden worden. Zudem sei ein neues Ehrenamt entstanden, das des Bibersachverständigen, welches auf das landesweite Handlungskonzept zum Bibermanagement in Niedersachsen zurückgehe. Dieses Konzept sei vom Umweltministerium erarbeitet worden und liege auch beim NLWKN sowie auf der

Seite des Ministeriums zum Download bereit. Die Koordinationsstelle Bibermanagement des Ministeriums werde in der Elbtalaue angesiedelt, sei jedoch noch nicht besetzt. Die Landkreise seien verpflichtet, Sachverständige zu bestellen, weshalb Herr Kühn und Herr Reimer von der Landrätin am 20.05.26 berufen worden seien. Beide hätten Vereinbarungen zur Zusammenarbeit mit der Verwaltung getroffen. Sie teilt zudem mit, dass eine Pressemitteilung in Erarbeitung sei und die Kontaktdaten von Herrn Reimer künftig auf der Landkreis-Homepage veröffentlicht werden. Bei Anfragen zu Ameisen sei Herr Reimer über die Homepage erreichbar, bei Biberfragen werde die Verwaltung an Herrn Kühn vermitteln.

**Herr Kühn** stellt sich als ehrenamtlicher Bibersachverständiger vor. Er sei in Lüchow-Dannenberg geboren und aufgewachsen, kenne sich gut in der Region aus und habe 1984 den Jagdschein erworben. Sein Interesse an der Natur umfasse auch andere Arten. Er habe seit 2008 Biberführungen in Hitzacker im touristischen Bereich angeboten, 2009 die Ausbildung zum Natur- und Landschaftsführer in der Biosphäre und 2013 die Biberführung-Ausbildung in Hannover-Laatzten absolviert. Zudem habe er im Januar 2026 die Ausbildung zum Bibersachverständigen abgeschlossen. Er betone, jährlich im Sommer Biberführungen anbieten zu wollen, und wolle künftig als Ehrenamtlicher im Landkreis tätig sein.

**Herr Reimer** stellt sich als Ameisenbeauftragter vor. Er sei erst seit 2022 im Landkreis sesshaft, komme aus Schleswig-Holstein und habe in Sachsen-Anhalt Naturschutz- und Landschaftsplanung studiert. Vorher habe er eine BTA-Ausbildung absolviert. Sein Interesse an der Natur sei langjährig, insbesondere an Ameisen, daher sei er seit dem Alter von 8 Jahren Mitglied der Deutschen Ameisen-Schutzwarte.

**KTA Donat** fragt, ob die Stellen zeitlich begrenzt oder unbefristet seien und ob eine Entschädigung gezahlt werde.

**Frau FDL 67 Röblier** erklärt, dass die Verwaltung die Ehrenämter verantworte. Beide Stellen seien unbefristet. Die Artenschutzbeauftragten seien in der Entschädigungssatzung geführt und würden eine Entschädigung erhalten. Der Betrag sei festgeschrieben. Für den Bibersachverständigen werde die Satzung angepasst.

**KTA Goebel** fragt, ob weitere Ehrenämter in ähnlicher Richtung existieren.

**Frau FDL 67 Röblier** nennt die Stellen der Storchbeauftragten (Frau Antje Fäseke), des Fledermausbeauftragten (Herr Frank Manthey), des Ameisenbeauftragten und des Bibersachverständigen sowie die Naturschutzbeauftragten (Herr Oliver Schuhmacher, Herr Henning Harms, Herr Dr. Günther Nemetschek).

**Beratendes Mitglied KTA Karl Behrens** fragt, ob der Kreistag oder die Verwaltung Vorschläge für die Besetzung der Stellen abgebe.

**Kreisbaudirektorin Stellmann** erklärt, dass bei reinen Artenschutzbeauftragten die Verwaltung die Besetzung übernehme, bei Kreisnaturschutzbeauftragten gelte dies nicht. Die Berufung in das Ehrenamt nehme die Landrätin vor.

**Vorsitzender KTA Heuer** schließt den Tagesordnungspunkt, da keine weiteren Meldungen vorliegen, und leitet zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

### **Kenntnis genommen.**

|                                                                                                                                            |                 |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------|
| <b>3. Antrag des KTA Herzog und KTA Klepper (SOLI) im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 23.04.2025: Dioxin- und PCB-Belastung an der Elbe</b> | <b>2025/388</b> |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------|

**KTA Herzog** betont, dass drei zentrale Aspekte noch geklärt werden müssten: die regelmäßige Sedi-mentbeprobung durch das NMU, die Bewertung von Höchstwertüberschreitungen binnendeichs und die Prüfmethode des Veterinäramts. Er kritisiert, dass in 12 Jahren nur 32 Proben gezogen worden seien (2,5/Jahr), wobei 25 % (8 Proben) beanstandet worden wären, insbesondere bei Eiern, Rohmilch und Rindfleisch. Er fordert transparente Werteangaben, inklusive Höchst- und Auslösewerte, sowie Tendenzen der Belastung. Zudem moniert er, dass Futtermittel nicht beprobt würden und die Beprobungsstrategie unklar sei.

**FDL 39 Dr. Schulze** erklärt, dass die Beprobung auf Risiko-Betrieben und der gesamten Region basierte, wobei Eier und Rohmilch im Fokus stünden. Sie betont, dass Beanstandungen meist nicht elbbedingt seien, sondern auf andere Faktoren zurückzuführen seien. Sie weist darauf hin, dass Futtermittel nicht zur Zuständigkeit des Veterinäramts gehörten und nennt Maßnahmen bei Beanstandungen, wie Beratung durch die

Landwirtschaftskammer und Nachbeprobungen. Sie betont, dass Laborberichte zum Teil, wie in dem der letzten Untersuchung auf Dioxin, welcher dem Ausschuss zur Verfügung gestellt wurde, keinen genauen Wert ausgeben würden, sondern wie in diesem Beispiel lediglich eine Aussage über „unter Cut-off-Wert“ zuließen.

**KTA Herzog** wiederholt seine Forderung nach detaillierten Werten, insbesondere zu Cut-off- und Auslösewerten, und fragt nach der Beprobungsstrategie. Er kritisiert, dass die Tabelle keine Werte enthalte und fragt nach der genauen Definition von „Cut-off-Wert“.

**FDL 39 Dr. Schulze** erklärt, dass die Beprobung risikoorientiert erfolge, und sowohl ehemalige Risikobetriebe als auch andere Betriebe beprobt werden würden. Sie betont, dass die letzte Beprobung im Laborergebnis aufgeführt sei, da diese nur genannt würden, wenn die Werte über Cut-Off lägen. Sie verspricht, nach alten Prüfberichten zu suchen.

**Vorsitzender KTA Heuer** betont die Notwendigkeit einer flächendeckenden Beprobung, auch außerhalb der Elbe, und begrüßt die Strategie der Veterinärbehörde.

**KTA Herzog** kritisiert erneut, dass bestimmte Fragen unbeantwortet blieben, insbesondere zur Existenz eines Auslösewerts und der genauen Werteangabe.

**FDL 39 Dr. Schulze** bestätigt, dass ein Auslösewert existiere, betont aber, dass sie nur die Ergebnisse der Labore weitergebe, die, wie im vorliegenden Fall, keine detaillierten Werte lieferten.

**KTA Flöter** fragt nach der Definition des Wertes 1,51 und betont, dass seit 2022 keine Beanstandungen mehr vorlägen. Sie korrigiert KTA Herzog, dass Futtermittel aus Flächen von binnendeichs und außendeichs nicht vermengt würden, da die Mähzeiten unterschiedlich seien.

**KTA Herzog** bestätigt die Aussage der Landwirtschaftskammer zu der Vermischung, kritisiert aber weiterhin die fehlende Transparenz.

**KTA Donat** weist auf die gesundheitliche und volkswirtschaftliche Relevanz der Grenzwerte hin und fordert detaillierte Werteangaben. Er kritisiert, dass die Beprobung zu selten sei und die Entwicklung der Belastung nicht nachvollziehbar sei.

**Vorsitzender KTA Heuer** betont die Vielzahl an Daten, die bereits vorlägen, und die Notwendigkeit, auf die Expertise des Labors zu vertrauen.

**KTA Goebel** ist der Auffassung, dass Laien Werte nicht interpretieren könnten und auf die Beanstandung als Kriterium vertrauen müssten.

**KTA Herzog** kritisiert die fehlende Transparenz der Beprobung und fordert eine Erhöhung der Probenzahl auf 15/Jahr. Er fragt nach der Reaktion des Umweltministeriums auf Sedimentbeprobungen und dem Status der Betroffenheitsanalyse.

**Kreisbaudirektorin Stellmann** informiert, dass das NMU und das ArL noch nicht geantwortet hätten, aber nach der Sitzung erinnert würden.

**KTA Herzog** fragt nach der Vermischungsregelung von Futtermitteln und der Zuständigkeit für Futtermittelbeprobung.

**KTA Flöter** erklärt, dass Futtermittelbeprobungen über das LAVES und die LUFA erfolgten, und fragt nach der Definition von „Vermischung“.

**Herr Struck (Landwirtschaftskammer)** erklärt, dass die Vermischung von Futtermitteln nach der Lagerung erfolge und nicht bei der Ernte.

**Herr Harms (Kreislandwirtschaftsbeauftragter)** schildert die praxisnahen Maßnahmen zur Risikominimierung an der Elbe, wie trockenes Wetter beim Mähen, hohe Schnitthöhe und die Nutzung als Pferdeheu. Er betont die gesellschaftliche Verantwortung für die Landwirte.

**KTA Herzog** kritisiert, dass die Betroffenheitsanalyse keine finanzielle Entlastung für die Landwirte mehr vorsehe, obwohl dies ursprünglich geplant gewesen sei.

**Vorsitzender KTA Heuer** fasst die Diskussion zusammen und schließt den Tagesordnungspunkt.

|                                                                                                                                                   |          |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| <b>4. Erweiterung der Öko-Modellregion Heideregion Uelzen auf den Landkreis Lüchow-Dannenberg in der 3. Förderperiode (01.08.2026-31.07.2029)</b> | 2025/658 |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|

**Frau Schmid** berichtet, dass sich neue Entwicklungen ergeben haben, nachdem der Kreisausschuss die Erweiterung der Öko-Modellregion auf den Landkreis Lüchow-Dannenberg, insbesondere hinsichtlich der Finanzierung, zurückgewiesen hatte. In der Zwischenzeit habe ein Strategietreffen der drei Landkreise stattgefunden, bei dem sich gezeigt habe, dass die Ansicht, es müsse eine Kostenverteilung anhand der Einwohnerzahl stattfinden, von den anderen beiden Landkreisen nicht geteilt wird. Lüchow-Dannenberg habe insgesamt mehr Betriebe und ökologisch bewirtschaftete Flächen. Die Mehrheit der Strategiegruppe bevorzuge eine gleichmäßige Verteilung. Die Finanzierung für das erste Jahr sei durch Rückstellungen aus dem Klimaschutz gesichert, wobei Gelder hier ursprünglich für die Schulverpflegung vorgesehen waren. In den Folgejahren solle die Finanzierung in den regulären Haushalt eingestellt werden. Zudem seien Co-Finanzierungsmöglichkeiten durch Wirtschaft, Verbände oder das Projektmanagement denkbar. Der „Letter of Intent“ der Wirtschaftsförderung sei als Anlage beigefügt. Dieser betone etwa die Wichtigkeit die Wertschöpfungskette in der Region zu stärken und Geschäftsbeziehungen zu fördern.

**Frau Schmid** ergänzt, dass sich der Förderzeitraum geändert habe, und zwar auf den Zeitraum 01.01.2027 bis 31.12.2029.

**Kreisbaudirektorin Stellmann** bestätigt, dass der Kreistag das Projekt aufgrund der finanziellen Ausgestaltung zurückgewiesen hatte. Die Verwaltung habe den Arbeitsauftrag zur Aufteilung nach Einwohnerschlüssel abgearbeitet, was jedoch nur mäßig erfolgreich war, da andere Landkreise auf die höhere Flächendichte und Betriebsdichte in Lüchow-Dannenberg verwiesen. Das Projekt werde als fachlich sinnvoll erachtet, und es werde geprüft, wie nach dem ersten Jahr eine Bezuschussung erreicht werden könne. Langfristig solle eine Finanzierung durch die Wirtschaft angestrebt werden, indem Betriebe den Mehrwert erkennen und möglicherweise anteilig finanzieren.

**KTA Donat** fragt, warum die Rückstellung von 10.000 Euro aus dem Klimaschutz-Querschnittsziel für die Schulverpflegung nicht vollständig umgesetzt wurde. Er kritisiert, dass die Wirtschaftsförderung nicht ausreichend in die Planung einbezogen sei und 10.000 Euro für das Projekt zu gering seien, da die Ernährungswirtschaft als Wachstumsbranche betrachtet werde. Er fragt, ob das Projekt eine freiwillige Leistung sei und, ob bei Inkrafttreten des Haushaltskonsolidierungskonzeptes zwangsläufig Gelder durch die Wirtschaft eingeworben werden müssten.

**Kreisbaudirektorin Stellmann** erklärt, dass die Wirtschaftsförderung von Anfang an einbezogen sei und der „Letter of Intent“ in der Vorlage enthalten sei. Rückstellungen entstünden, wenn Projekte nicht umgesetzt werden könnten, was in diesem Fall an Personalengpässen lag. Die Gelder könnten zielgerichtet für die Bio-Verpflegung eingesetzt werden, da Betriebe als Zulieferer für Mensen in Frage kämen. Sie stimmt KTA Donat zu, dass mehr Gelder notwendig seien.

**EKR Schermuly** berichtet, dass im Kreisschulausschuss in den letzten Jahren viele Initiativen zur Bio-Verpflegung diskutiert wurden, wobei der Bioanteil erhöht und regionale Produkte gestärkt wurden. Gelder blieben ungenutzt, da einige Maßnahmen nicht angenommen wurden. Die Verpflegung bleibe ein zentraler Punkt.

**Frau Schmid** ergänzt, dass die 10.000 Euro nicht ausschließlich für die Schulverpflegung gedacht waren, sondern dies nur als Beispiel genannt wurde. Die Wirtschaftsförderung werde Teil der Steuerungsgruppe sein.

**KTA Donat** betont, dass die Gelder zunächst aus der Rückstellung stammen können und später durch Einwerbung ersetzt werden müssten.

**Vorsitzender KTA Heuer** erwähnt, dass Verarbeiter wie Bauck oder die Bohlsener Mühle in der Region ein Interesse an der Öko-Modellregion hätten. Im nächsten Jahr seien Öko-Feldtage in Lüneburg geplant, die das Projekt unterstützen würden.

**KTA Tietke** weist darauf hin, dass nicht nur Ökobetriebe, sondern auch große Verarbeiter wie Bauck oder die Bohlsener Mühle profitieren würden.

**KTA Flöter** fragt, ob denn auch konventionelle Betriebe Förderungen erhalten würden und kritisiert, dass die Öko-Landwirtschaft und die konventionelle Landwirtschaft unterschiedlich behandelt werden würden. Sie betont, dass konventionelle Betriebe nicht schlechter seien, sondern sich anders aufgestellt hätten.

**Frau Schmid** erklärt, dass das Ziel der Förderung womöglich sei, Anreize für den ökologischen Landbau zu schaffen, da die Gelder bundesweit für Öko-Modellregionen gedacht seien.

**KTA Flöter** betont, dass nicht jeder Betrieb auf Öko umstellen könne oder wolle, und dass konventionelle Landwirtschaft genauso wichtig sei.

**Vorsitzender KTA Heuer** betont, dass Projekte wie FINKA auch die Kombination von Öko- und konventioneller Landwirtschaft fördern. Das aktuelle Projekt folge jedoch den Förderrichtlinien des ML, die den Ausbau des ökologischen Landbaus zum Ziel hätten.

**KTA Herzog** argumentiert, dass Förderprogramme klare Ziele hätten, die mit EU-Strategien übereinstimmten, und dass Öko- und konventionelle Landwirtschaft nicht gleichwertig seien, da der ökologische Landbau klimatisch vorteilhafter sei.

**Vorsitzender KTA Heuer** erwähnt, dass Öko-Betriebe nicht per se klimaeffizienter seien, was wissenschaftlich belegt sei. Er bittet um Handzeichen zur Beschlussfassung.

**Der Kreistag beschließt den Beitritt und Zusammenschluss des Landkreises mit der Öko-Modellregion Heideregion Uelzen und die damit einhergehende Bereitstellung der Eigenmittel für die Förderperiode 01.01.2027 – 31.12.2029**

**einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 1**

## **5. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen**

### **5.1. Information über Projekte des Förderprogramms Zukunftsregion Elbtalaue – Heide – Wendland in Lüchow-Dannenberg 2026/818**

**Frau Schmid** berichtet, dass die Zukunftsregion Elbtalaue – Heide – Wendland in Lüchow-Dannenberg in Kooperation mit Lüneburg Projekte im Handlungsfeld biologische Vielfalt und funktionierende Naturräume umsetze, bei denen die Kreisverwaltung innerhalb verschiedener Möglichkeiten Unterstützung leiste. Sie stellt zunächst das Landschaftswegeprojekt vor, bei dem die Landschaftswege gGmbH gegründet habe, die in Zusammenarbeit mit Dörfern Landschaftswege durch Hecken oder Blühstreifen aufwerte. Die beiden Projektmanager fungierten dabei als Moderatorinnen, um mit der Landwirtschaft und Kommunen zu klären, wie und welche Maßnahmen umgesetzt werden könnten. Das zweite Projekt, Wasserrückhalt/Graben-Staue, sei ein Nachfolgeprojekt, dessen Umsetzungsmaßnahmen zur Grabenanstauung über die Zukunftsregion gefördert und kofinanziert würden. Hierbei kämen auch Ersatzgelder zum Einsatz. Beim dritten Projekt handle es sich um eine Fachstudie der Universität Münster, die sich mit Agroforst und seiner Kombination mit Natur- bzw. Vogelschutz beschäftige. **Frau Schmid** erläutert, dass Interessenskonflikte bestünden, beispielsweise hinsichtlich der Pflanzung von Gehölzen auf Ackerflächen, wenn ein bestimmtes Vogelauftreten vorliege. Die Forschergruppe untersuche, welche Vogelarten betroffen seien und wie Agroforstsysteme angepasst werden könnten, um Schäden zu vermeiden oder Vogelarten sogar zu fördern. Lüchow-Dannenberg habe ein reichhaltiges Vogelvorkommen, weshalb die Region für das Projekt besonders interessant sei.

### **Kenntnis genommen**

### **5.2. Anpassung der Kulissen im Landkreis für die Öko-Regelung 7 als freiwillige Maßnahme im Rahmen der EU-Agrarförderung (GAP) - mdl. Bericht**

**Frau FDL 67 Röblier** teilt mit, dass in der Kulisse für die Öko-Regelung 7 ein Fehler unterlaufen sei, der sich auf die Schutzgebiete Naturschutzgebiet „Schnega im Mühlenbachtal“, Naturschutzgebiet „obere Dummeneiederung“ und das Landschaftsschutzgebiet „Jeetzelsystem mit Quellwäldern“ beziehe. Dieser Fehler sei korrigiert worden, sodass die betroffenen Gebiete nun in der Kulisse enthalten seien. Zudem sei eine E-Mail eingegangen, wonach Korrekturen bis zum Ende des Monats nach dem ursprünglichen Fristablauf vom 15. Mai ermöglicht würden. Sie habe daraufhin die Landwirtschaftskammer, die Landberatung und den Bauernverband informiert, um die Landwirte über die Korrektur zu unterrichten und Antragstellungen zu ermöglichen.

**Vorsitzender KTA Heuer** fragt, ob die Ablehnungen aus dem Vorjahr, die aufgrund des Fehlers in der Kulisse erfolgt seien, nun korrigiert und an die Landwirte ausgezahlt würden. Er betont, dass die Landwirte nicht für den Fehler verantwortlich seien und aufgrund der Ablehnung möglicherweise nicht in Widerspruch gegangen seien. Zudem kritisiert er die kurze Frist bis zum 31. Mai, innerhalb derer die Landberatung über 100 Agraranträge neu stellen müsse. Er verweist auf wiederkehrende Probleme in der Agrarförderung, bei denen Fehler nicht landwirtschaftlicherseits gemacht würden, Fristen jedoch so kurz seien, dass sie kaum einhaltbar seien. Er nennt als Beispiel, dass in der Vergangenheit verschiedene Förderprogramme abgesagt worden wären, nachdem Landwirte ihre Betriebe darauf ausgerichtet hätten.

**Frau FDL 67 Rößler** erklärt, dass sie nachrecherchieren könne, ob die betroffenen Landwirte sich selbst an die zuständigen Stellen sollten, um die Situation zu klären.

**Vorsitzender KTA Heuer** begrüßt die rasche Klärung des Fehlers, betont jedoch erneut die Unzulänglichkeit der Fristsetzung und die Belastung der Landwirte durch wiederkehrende Systemfehler. Er fordert, die Kritik an der Fristsetzung an Herrn Kruse weiterzugeben, und verweist auf die Notwendigkeit, die Praxisbedingungen in Hannover stärker zu berücksichtigen.

Er fügt hinzu, dass die Belastung der Landwirte durch solche Situationen zu Strukturwandel und Abwanderung führe.

### **Kenntnis genommen**

#### **5.3. EU-Wiederherstellungsverordnung (EU 2024/1991)**

2026/816

**Frau FDL 67 Rößler** berichtet, dass die EU-Wiederherstellungsverordnung (EU 2024/1991) im Rahmen einer Regionalkonferenz für BehördenvertreterInnen Ende April vorgestellt worden sei, an der das Umweltministerium, das Wirtschaftsministerium und das Landwirtschaftsministerium beteiligt gewesen seien. Ziel der Konferenz sei es gewesen, das Wissen über die Verordnung zu teilen und Multiplikatoren zu bilden. Die Präsentation sowie eine Infovorlage mit den wichtigsten Punkten seien dem Fachausschuss übermittelt worden. Die Verordnung betreffe zwar auch NATURA 2000, sei aber nicht ausschließlich naturschutzrechtlich verankert, sondern umfasse auch kommunale Stadtgrünflächen, Landwirtschaft und Wasserwirtschaft. Die Verordnung sei bereits vor zwei Jahren in Kraft getreten und erfordere keine nationale Umsetzung, sondern sei direkt anwendbar. Die EU-Mitgliedstaaten müssten innerhalb von zwei Jahren nationale Wiederherstellungspläne erarbeiten und an die EU übermitteln. Auf Landesebene sei ein digitales Beteiligungsverfahren angelaufen, das über eine Eingabemaske auf der Internetseite des Bundesamts ermögliche, Stellungnahmen abzugeben.

**KTA Allgayer-Reetze** fragt, ob das Auenmanagement nicht mehr statfinde, und verweist auf die Kritik in der Einwohnerfragestunde. Sie fragt, ob es nicht sinnvoll sei, der Sache erneut nachzugehen, da das Auenmanagement früher einmal als sinnvoll erachtet worden sei.

**Vorsitzender KTA Heuer** betont, dass der Begriff „Auenmanagement“ differenziert werden müsse. Er verweist auf das Beweidungsprojekt der Biosphärenreservatsverwaltung, das gezielte Maßnahmen zur naturnahen Gehölzkontrolle umfasse. Er interpretiert die Diskussion als allgemeines Argument, das auch auf das Flussbett und andere Aspekte abziehle.

**Frau FDL 67 Rößler** erläutert, dass der Nationale Wiederherstellungsplan Maßnahmen vorsehe, die der EU zur Überwachung und Umsetzung vorgeschlagen werden. Die Maßnahmen seien zunächst abstrakt und unkonkret formuliert, um auf Landesebene flexibel umsetzbar zu sein. Sie betont, dass der Naturschutzbereich bereits weit fortgeschritten sei, da Natura 2000-Gebiete mit bestehenden Erhaltungszielen und Schutzgebietsverordnungen ausgestattet seien. Die Elbe und deren Uferbereiche seien Teil eines FFH-Gebiets und eines EU-Vogelschutzgebiets, wodurch bereits Pflege- und Verbesserungsmaßnahmen vorgeschrieben seien. Landesmittel seien für diese Aktivitäten verfügbar. Auenmanagement sei daher bereits ein Thema. Der gesetzliche Biotopschutz diene der Schutzfunktion von Auenwäldern. Sie schätzt ein, dass andere Bereiche, die in der Verordnung genannt würden, erstmalig mit neuen Herausforderungen konfrontiert seien.

**KTA Donat** begrüßt die Vorlage, auch wenn sie abstrakt sei, und verweist darauf, dass zukünftige Erhaltung nur durch Reaktion auf globale Entwicklungen möglich sei. Er betont, dass nur 15 % der relevanten Lebensräume als günstig eingeschätzt würden, wobei Deutschland aufgrund der Alpenregion besser abschneide. Er fragt, ob der Landkreis teilweise in europäisch-kontinentalen Klimazonen liege.

**Frau FDL 67 Rößler** bestätigt, dass der Landkreis klimatisch sowohl atlantisch als auch kontinental geprägt sei. Der Landkreis läge in der norddeutschen Übergangszone vom subatlantischen zum subkontinentalen Klima. Der *Drawehn-Höhenzug* wirke dabei als Wetter- und Klimascheide und verstärke den kontinentalen Einfluss auf der Ostseite der Kreisfläche.

**KTA Donat** unterstreicht, dass 15 % der Lebensräume als günstig eingestuft seien, und verweist auf notwendige Maßnahmen wie den Verzicht auf Pestizide. Er betont, dass biologische Vielfalt, sauberes Trinkwasser, fruchtbare Böden, Ernährungssicherheit, saubere Luft, Klimaschutz, Erholung und Klimaresilienz zentrale Ziele seien. Er kritisiert, dass Landbesitzer und Landwirte finanzielle Unterstützung für Maßnahmen fordern müssten, wofür zunächst Programme geschaffen werden müssten.

**Vorsitzender KTA Heuer** sieht die Verordnung weniger als Programm, sondern auch als Hürde für viele Maßnahmen.

#### **Kenntnis genommen**

#### **5.4. Sachstand Beregnung/Grundwassersituation (ständiger TOP)**

2026/843

**FDL 66 Riedel** verweist auf die Infovorlage zur Darstellung des weiteren Vorgehens bezüglich der Anträge auf Erteilung von Erlaubnissen zur Wasserentnahme zum Zweck der Feldberegnung und bittet ggfs. um Fragen.

**Beratendes Mitglieder KTA Behrens** fragt an, ob die Möglichkeit bestünde, die Jeetzel zum Zweck der Feldberegnung anzustauen.

**FDL 66 Riedel** teilt mit, dass hier das NLWKN zuständig sei. Es seien Stauziele festgesetzt worden. Innerhalb dieser Stauziele würden die Wehre bewegt.

**Vorsitzender KTA Heuer** spricht das Thema „Kartoffelsteine“ an. Ein Landwirt hätte ihm mitgeteilt, dass er erneut vom Landkreis aufgefordert worden sei, seine Kartoffelsteine zu beseitigen. Er bittet um Mitteilung zur nächsten Fachausschusssitzung, wie die Auslegung sei, was erlaubt sei und, was nicht.

#### **Kenntnis genommen**

#### **Nichtöffentlicher Teil**

#### **6. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung**

**Vorsitzender KTA Heuer** eröffnet den nicht öffentlichen Teil der Sitzung und schließt ihn sofort, da es keine Mitteilungen und Anfragen gibt. Er bedankt sich und schließt um 16.41 Uhr die Sitzung.

gez. Heuer

\_\_\_\_\_  
Vorsitzender

gez. Drimalski

\_\_\_\_\_  
Protokollführung